BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM STADTRAT - NR. 86, DEZEMBER 2011

DIESE GRÜNEN, Rathaus, 42269 Wuppertal,
Postvertriebsstück Nr. G 8903 Entgelt bezahlt

DIESE GRÜNEN!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
RATSFRAKTION WUPPERTAL

SECHSTE GESAMTSCHULE KOMMT

ES REGIERT DER KLEINSTE GEMEINSAME NENNER

Foto: Mathias Kehren

Dreieinhalb lange Jahre sind vergangen seit der Rat der Stadt den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer sechsten Gesamtschule getroffen hat. Dreieinhalb Jahre, in denen unter normalen Umständen genügend Zeit vorhanden gewesen wäre, um eine überzeugende und bedarfsorientierte Lösung für den Standort dieser neuen Schule zu finden.

Denn immer noch werden jedes Jahr rund 500 SchülerInnen, die sich an einer Gesamtschule in Wuppertal bewerben, aufgrund des geringen Platzangebotes abgelehnt. Nun also präsentierte die Verwaltung Ende November endlich ihren Vorschlag für die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses. Wer aber eine große Lösung erwartet hatte, wurde enttäuscht. So plant die Stadt, die neue Schule im Stadtbezirk Uellendahl-Katernberg an zwei Standorten zu errichten: an der jetzigen Hauptschule Kruppstraße soll die Sekundarstufe I ab dem Schuljahr 2013/2014 Einzug halten, ab dem Schuljahr 2019/2020 wird dann in dem Gebäude der heutigen Hauptschule Röttgen die Oberstufe beginnen.

Knackpunkte

Diese Lösung ist aus mehreren Gründen kritikwürdig: zum einen besteht der Überhang bei den abgewiesenen Anmeldungen laut Anmeldezahlen an den Gesamtschulen eindeutig im Wuppertaler Osten, damit kann von einer bedarfsorientierten Lösung keine Rede sein. Zum anderen wird von der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde eine Lösung an zwei Standorten aus schulorganisatorischen Gründen äußerst kritisch gesehen. Darüber hinaus weist die in den Schulausschuss eingebrachte Vorlage schwerwiegende Mängel auf. So findet sich trotz vorhergehender Prüfung durch das Gebäudemanagement der Stadt kein Hinweis auf das konkrete Raumprogramm der neuen Schule (laut Verwaltung sollen am Standort Kruppstraße 45 neue Räume gebaut werden). Und auch an einer anderen Stelle kam es zu Irritationen, gab es doch nirgendwo einen Hinweis darauf, dass die sechste Gesamtschule als Ganztagsschule geführt werden soll. Erst auf unsere Nachfrage hin, auf die der zuständige Fachdezernent bei der Bezirksregierung im Ausschuss erklärte, das Schulvorhaben sei ohne eine entsprechende Ergänzung der Vorlage eindeutig nicht genehmigungsfähig, erklärte sich der Schuldezernent bereit, die Ganztägigkeit mit aufzunehmen.
Somit ergeben sich bei der Betrachtung der Planung erhebliche fachliche Bauchschmerzen. Die gefundene Lösung kann daher nur als typischer großkoalitionärer Kompromiss bewertet werden. Wenn von zwei Fraktionen die eine eigentlich gar keine Gesamtschule möchte (CDU) und die andere nur halbherzig agiert (SPD), regiert der kleinste gemeinsame Nenner. Für eine echte Lösung, die sich an der Nachfrage im Stadtgebiet orientiert und eine überzeugende räumliche Qualität beinhaltet, fehlte offenbar der Mut.

Das beste daraus machen

Gleichwohl wird die GRÜNE Ratsfraktion der Errichtung der sechsten Gesamtschule in Uellendahl-Katernberg zustimmen.
Unsere schulpolitische Kernforderung lautet seit Jahren, das Angebot an Plätzen im Gesamtschulbereich endlich dem massiven Elternwillen entsprechend auszubauen. Trotz aller Kritik halten wir eine GRÜNE Zustimmung für selbstverständlich, ist doch die Stadt Wuppertal im Städteranking der Kommunen diejenige mit den meisten Abweisungen an Gesamtschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Jetzt muss es darum gehen, die Schule angemessen auszustatten und durch eine vernünftige Schülerstromlenkung im Stadtgebiet (die auch durch den Schulträger vorgenommen werden kann) für eine Stabilisierung aller Gesamtschulen zu sorgen.
Und nicht zuletzt setzen wir natürlich auf diejenigen, die zukünftig die neue Schule mit Leben füllen werden: die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler.

GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches Jahr geht seinem Ende entgegen.
Der Stärkungspakt Kommunalfinanzen der rot-grünen Landesregierung gibt uns zum ersten Mal eine realistische Chance, den städtischen Haushalt ohne jährlich neue Schulden zu planen. Welche weiteren finanziellen Anstrengungen Wuppertal für die Erreichung dieses Zieles noch stemmen muss, wird Anfang nächsten Jahres diskutiert. Weitere wichtige Themen sind das Engagement gegen die wachsende Zahl an Neonazis in Vohwinkel genauso wie die Chancen einer sechsten Gesamtschule, die Antwort auf die Frage, was Vergaberecht mit Frauenförderung zu tun hat und die Ansiedlungspläne von Ikea. Auch der UN-Klimagipfel in Durban brachte nach einem Verhandlungsmarathon endlich ein Ergebnis, bleibt zu hoffen, dass den vielen Worten nun auch Taten folgen.
Wir wünschen Ihnen eine angeregte Lektüre, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

DER STÄRKUNGSPAKT – RAUS AUS DER FINANZKRISE?

EIN SCHWIERIGER WEG ZUM AUSGLEICH

Am 08.12.11 haben SPD und GRÜNE im Düsseldorfer Landtag das Gesetz zum Stärkungspakt auf den Weg gebracht. Wuppertal wird noch für 2011 die Summe von 71 Mio. Euro vom Land erhalten. Und die gleiche Summe für die nächsten 5 Jahre.
Dafür muss Wuppertal bis 2016 den Haushaltsausgleich schaffen, also eine 0 unter der Bilanz aus Ausgaben plus Abschreibungen minus Einnahmen. Zurzeit beträgt das Defizit ca. 165 Mio. Euro. Bis Juni 2012 muss die Stadt einen Plan vorstellen, wie sie den Haushaltsausgleich schaffen will. Das wird mit dem Haushaltsplan 2012/2013 korrespondieren. Dieser soll im Februar 2012 in den Rat eingebracht und spätestens im Sommer 2012 beschlossen werden.
Mit den Landesgeldern kann Wuppertal seine Verschuldung reduzieren. Es sind aber noch weitreichende Einsparungen im städtischen Haushalt und Einnahmeverbesserungen notwendig. Konkret wird zurzeit in vielen Nothaushaltkommunen in NRW über die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer diskutiert. Die GRÜNE Ratsfraktion ist gespannt auf die Vorschläge, die uns von der Verwaltung vorgelegt werden. Wir hoffen, dass dieser Prozess sowohl im Rat der Stadt als auch im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird und stehen für eine sachliche und zukunftsorientierte Diskussion gerne zur Verfügung.

Foto: Jörg Lange

Gutachten zeigt Grenzen des Weges aus der Finanzkrise

Am 10. November wurde ein Gutachten von Ernst & Young über die Wirkung des Stärkungspaktes auf den Wuppertaler Haushalt vorgestellt. Das Gutachten zeigt eindeutig, dass die Stadt trotz eigener Anstrengungen und mit tatkräftiger Hilfe des Landes nicht aus der Finanzmisere rauskommen kann.
Ein Großteil des aktuellen kommunalen Defizits ist durch den steigenden Anteil an den Sozialausgaben entstanden. Hier hat sich der Bund in den letzten Jahren immer weiter aus der finanziellen Verantwortung zurückgezogen und die Kosten auf die Kommunen abgewälzt.
Deshalb ist nun auch die Bundesregierung gefragt, ihrerseits die notleidenden Städte deutlich zu entlasten. Und auch auf Bundesebene werden wir um Steuererhöhungen (insbesondere der Einkommensteuer) und eine Vermögenssteuer/ -abgabe nicht herumkommen.
Dazu bedarf es eines Regierungswechsels nach der Bundestagswahl 2013, damit wir nicht immer weiter in einer schwindelerregenden Schuldenspirale versinken.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Präventives Handlungskonzept gegen Neonazis

Seite 3
Personalabbau in der Verwaltung

Seite 3
Partizipation von Jugendlichen in der Politik

Seite 4
Durban – für die Rettung des Klimas nicht genug

Seite 5
Erhebliche Defizite bei der Gleichberechtigung

GRÜNE: RECHTSEXTREME IN VOHWINKEL –

NUR DIE SPITZE EINES EISBERGS

ANZEIGE

von Martin Möller, Sprecher des Kreisverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Es bedarf keines weiteren Beweises, wir haben in unserer Stadt ein Problem mit Neonazis. Zwei von ihnen sitzen im Stadtrat, es hat sich ein Kreisverband der rechtsradikalen Pro NRW in Wuppertal gegründet und im Januar 2011 zogen sie von Unterbarmen nach Elberfeld.
Besonders präsent sind sie aber in Vohwinkel. Von ihrer rechtsextremen Wohngemeinschaft in der Kaiserstraße 30 aus bedrohen sie die Einwohner und Gäste Vohwinkels, verunstalten den Stadtteil mit ihren menschenverachtenden und rassistischen Botschaften und begehen reihenweise Straftaten.
Im Laufe der Jahre hat sich eine der landesweit auffälligsten Nazi-Gruppen in Vohwinkel herausgebildet. Unterstützt werden sie von Neonazis aus dem ganzen Stadtgebiet Wuppertal und den umliegenden Gemeinden.
Sie versuchen Angst und Schrecken zu verbreiten, während Ordnungskräfte und Politik auf ganzer Linie versagen.
Die Ordnungskräfte, hier vor allem die Polizei, beschäftigt auch Menschen, die das Problem kleinreden oder – weil es besser in ihr Weltbild passt – sich sogar lieber verschiedenen linken Bewegungen widmen und die Nazis gewähren lassen.
Die Politik versagt, weil auf kommunaler Ebene einige konservative Politiker mit bestimmten linken Kräften der Bürgerschaft nicht zusammen arbeiten können oder wollen und so ein wirklich breites Bündnis gegen den Rechtsextremismus noch immer nicht entstanden ist. Auf der Bundesebene findet sich eine ideologisch verbrämte Familienministerin, die lieber finanzielle Mittel, die gegen den Rechtsextremismus eingesetzt werden sollten, gegen einen nicht existenten Linksextremismus in Stellung bringt und gleichzeitig einen dubiosen „Gesinnungs-TÜV“ durchsetzt, der vor allem Gruppen, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren, in ihrer Arbeit behindert.
Die rechten Kräfte feiern derweil den Sieg ihres verbrecherischen Weltbilds und grölen – und da kommen wir wieder auf Vohwinkel zurück – menschenverachtende Parolen aus Wohnungsfenstern, während auf der Kaiserstraße etwa 2.000 von ca. 350.000 Wuppertalern – das sind gerade mal 0,57% der Einwohner dieser Stadt – gegen sie demonstrieren. Es muss unsere Aufgabe sein, jeden Tag, an jedem Ort dieser Ideologie entgegen zu treten. Am Arbeitsplatz und in der Schule, auf der Straße, beim Einkaufen und am Stammtisch müssen wir gemeinsam rassistischen und menschenverachtenden Aussagen entgegen treten und zwar gerade in dem Wissen, dass dies bisweilen nicht leicht ist. Keine Stadt, kein Stadtteil, keine Straße und kein Haus darf den rechten Hetzern und Gewalttätern überlassen werden. Die Politik muss sich endlich einig zeigen und auf kleinkarierte Flügelkämpfe verzichten. Alle staatlichen Organisationen müssen sich aktiv daran beteiligen, den Rechtsextremen zu zeigen, dass sie in dieser Gesellschaft nicht erwünscht sind. Latente Sympathien für rechtes Gedankengut dürfen nirgendwo – schon gar nicht bei der Polizei oder in den Verwaltungen – geduldet werden. Es ist zu hoffen, dass die extremen, grausamen und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit gegen uns alle gerichtet Straftaten, die nun bekannt geworden sind, uns endlich aufrütteln und wir gemeinsam die Aufgabe annehmen, diese Weltanschauung aus unserer Gesellschaft zu verbannen.

PRÄVENTIVES HANDLUNGSKONZEPT

EINFLUSSNAHME RECHTSEXTREMER GRUPPEN AUF KINDER UND JUGENDLICHE

Cartoon: Harm Bengen

Als erste Reaktion auf die Überfälle rechtsextremer Gruppen – insbesondere im Raum Vohwinkel – hat sich unter Federführung des Ressorts Zuwanderung und Integration (Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz) sowie des Ressorts Kinder, Jugend und Familie eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel gebildet, die Einflussnahme Rechtsextremer auf Kinder und Jugendliche zu vermindern und zu vermeiden. Vermehrt ist in letzter Zeit beobachtet worden, dass aus der Vohwinkler rechtsextremen Gruppe Kinder und Jugendliche angeworben wurden, bzw. dies versucht wurde.

Handlungskonzept Vohwinkel

Das mittlerweile vorliegende Handlungskonzept für den Stadtteil Vohwinkel soll alle Hauptakteure im Bereich Kinder- und Jugendarbeit einbeziehen und so gestaltet sein, dass es auch in anderen Stadtteilen eingesetzt werden kann. Nach einer Analyse der Verhältnisse vor Ort galt es zunächst, alle Akteure in mögliche Aktivitäten mit einzubeziehen. Das nun erarbeitete Handlungsprogramm gliedert sich in eine Qualifizierungsphase der LehrerInnen, ErzieherInnen etc. zum Thema „rechtsextreme Szene“, um dann durch Stadtteilaktionen und Projekte sowie Schularbeit konkret die Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen zu stärken und sie dadurch stark gegenüber rechtsextremen Anwerbeversuchen zu machen. Die GRÜNE Ratsfraktion begrüßt das präventive Handlungskonzept als einen Schritt in die richtige Richtung. Bitter stößt uns allerdings auf, dass die aktuellen Kooperationspartner im Rathaus (SPD/CDU) im letzten Jahr in eben diesem präventiven

Foto: Jörg Lange

Bereich der Jugendarbeit rund 10% des Personals eingespart haben. Schon damals haben neben den GRÜNEN insbesondere viele VohwinklerInnen vor den Folgen zurückweichender Präventivarbeit im Kinder- und Jugendbereich gewarnt. Die allseits vorhandene rechtsextreme Aufkleberflut im öffentlichen Straßenraum hätte auch damals schon eine Warnung sein sollen.

AUGEN ZU UND DURCH

– IKEA SOLL HER, UM JEDEN PREIS!

Die Wuppertaler Stadtspitze will leichtfertig eine angesehene Fertighausausstellung aufgeben. Sie soll gehen, weil genau an dieser Stelle ein großes Möbelhaus mit zusätzlichem Fachmarktzentrum entstehen soll.

In den nächsten zwei Jahren verschwindet die kleine Siedlung, in der fünfzig mittelständische Bauunternehmen seit mehr als drei Jahrzehnten ihre Fertighäuser verkauft haben. Und wir verlieren eine umgestaltete, neue Hausausstellung, in der kostengünstiges ökologisches und energiesparendes Bauen in vielfältiger Form gezeigt werden könnte.
Was bekommen wir dafür? Zu allererst einen Verdrängungswettbewerb.
Das IKEA Fachmarktzentrum im äußersten Nordosten der Stadt hat eine Verkaufsfläche von insgesamt 46.000 m² und 1.800 Parkplätze. IKEA verkauft schon seit Jahren nicht nur Möbel. Der

Foto: Jörg Lange

größten Umsatzbringer sind die „Satelliten“, also Küchen- und Gebrauchsartikel. Der Stückzahlspitzenreiter ist das Teelicht. Die Hälfte der Verkaufsfläche nehmen außerdem Fachgeschäfte ein, die mit den innerstädtischen Geschäften im Umfeld konkurrieren. Statt in der Innenstadt von Barmen werden sie dort angesiedelt. Ein weiterer Meilenstein zur Verödung der Barmer Innenstadt. Statt eines benötigten Angebots im Möbelbereich hier in Wuppertal wird jetzt ein „Einkaufszentrum“ auf der grünen Wiese geplant. Seit Monaten wurde immer wieder die Veröffentlichung des Einzelhandelsgutachten angekündigt, in der die Auswirkungen auf das zentrenrelevante Angebot im Umland aufzeigt wird. Stattdessen gibt es eilig einen Bebauungsplan - warum wohl?
Und wir bekommen Verkehrsprobleme. Ab 2015 sollen jährlich zwei Millionen BesucherInnen in mehr als einer Millionen Autos das neue Zentrum besuchen. Die Zufahrt erfolgt über das Autobahnkreuz der A46 und A1 und dann über die Schmiedestraße. Macht ungefähr 7.000 Autos pro Tag zusätzlich auf einer schon jetzt übervollen Verbindung. Da können wir nur auf das auch schon seit Monaten angekündigte Verkehrsgutachten gespannt sein: Augen auf und aufmerksam lesen.

Foto: Privat

GROSSE KOALITION IST... STILLSTAND

PERSONALABBAU IN DER VERWALTUNG

WO BLEIBT DAS PERSONALENTWICKLUNGSKONZEPT?

Bedingt durch die immer weiter ansteigende Verschuldung der Stadt Wuppertal und vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt weiter schrumpfen wird, will der Kämmerer bis 2014 mehr als 400 Stellen in der Verwaltung einsparen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat sich einen offenen, transparenten Kurs zum Personalabbau gewünscht, unter der Federführung des gewählten Stadtrates. Aber da haben wir die Rechnung ohne die Große Kooperation aus CDU und SPD gemacht, die den Personalabbau als Geschäft der allgemeinen Verwaltung ansieht. Dies hatte zur Folge, dass der Stadtkämmerer Dr. Slawig eigenständig über das Konzept entscheiden konnte. Verzichtet wird dabei auf eine gemeinsame Aufgabenkritik als ersten Baustein. Diese hätte zum Ziel gehabt, erst einmal festzustellen, welche Aufgaben als wichtig erachtet werden und welche neuen Aufgaben in den nächsten Jahren noch auf uns zukommen. Danach richtet sich dann die personelle Besetzung der einzelnen Verwaltungseinheiten. Als Konsequenz muss dann entschieden werden, in welchen Bereichen der Verwaltung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine langfristige Perspektive haben und für welche neuen Aufgaben sie sich im Konzern Stadt qualifizieren sollen.

Personalentwicklungskonzept fehlt weiterhin

Diese Aufgabe haben die Fraktionen von CDU und SPD alleine dem Stadtkämmerer Dr. Slawig übergeben und die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können gespannt sein, was aus diesem internen Verwaltungshandeln entsteht. Inzwischen häufen sich die Überlastungsanzeigen und die Zahl der langfristig erkrankten Mitarbeiter steigt stetig.

Auch der Personalrat des Rathauses wird in Unkenntnis gelassen. Niemand kann bislang ein Konzept der Personalentwicklung im Rahmen des Personalabbaus erkennen. Die GRÜNE Ratsfraktion fordert die Fraktionen von SPD und CDU daher auf, gemeinsam mit den anderen Fraktionen ein offenes und transparentes Verfahren zu erarbeiten, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt mitnimmt. Noch ist es nicht zu spät.

PARTIZIPATION VON JUGENDLICHEN IN DER POLITIK

– ABER BITTE MIT NEUEN KONZEPTEN

So könnte man die Kernforderung bündnisGRÜNER Jugendpolitik auf den Punkt bringen. Bereits seit 1998 existieren die Jugendräte. Waren sie in den ersten zwölf Jahren ihres Bestehens von der Ausrichtung eher in den Stadtbezirken angesiedelt, so gibt es seit 2010 einen gesamtstädtischen Jugendrat.

Dies ist aber nicht einem inhaltlichen Paradigmenwechsel geschuldet, sondern vielmehr der Tatsache, dass von Wahl zu Wahl die Bereitschaft von Jugendlichen zu kandidieren sank und die KandidatInnenlage in einigen Bezirken in 2010 schlicht und ergreifend desatrös war.

Schon vorher war auf die Gesamtstadt gesehen die Intensität, in der die Jugendräte in den einzelnen Stadtbezirken arbeiteten und Projekte entwickelten, sehr unterschiedlich ausgeprägt. Seit es nun 2010 einen gesamtstädtischen Jugendrat gibt, ist die Anbindung an die Bezirksvertretungen in einigen Stadtteilen gänzlich verloren gegangen.

Damit hier nicht der falsche Eindruck entsteht: Wir als bündnisGRÜNE Ratsfraktion unterstützen auch weiterhin eine starke, ehrliche, eigenständige und mit Kompetenzen ausgestattete Vertretung der Jugendlichen in unserer Stadt. Sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch in den Bezirksvertretungen sind die Jugendlichen als Querdenkerinnen und Querdenker und auch Korrektiv für die „etablierte“ Politik wichtig. Allerdings muss nun geschaut werden, wie eine stärkere Wahlbeteiligung möglich ist und wie die KandidatenInnenlage so verbessert werden kann, dass in jedem Stadtbezirk eine „echte“ Wahl möglich ist.

Zukunft der Jugendräte

Eine ganze Menge Fragen müssen beantwortet werden: Kann eine Verkürzung der Amtszeit auf ein Jahr ein Weg sein? Muss die Begleitung der Jugendlichen nicht stärker bezirklich orientiert sein und, wie in den Anfangstagen der Räte, eine stärkere Anbindung an die ortsansässigen Jugendeinrichtungen gefunden werden? Wie können neue Werbeformen gefunden werden, um die Jugendlichen auf die Wahl aufmerksam zu machen (zum Beispiel YouTube-Videos, Wahlaufrufe und KandidatInnenposter nicht nur in den Jugendeinrichtungen und Schulen, sondern auch an anderen wichtigen Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten, wie zum Beispiel Stadtteilbibliotheken, Skaterhalle etc.)?

Wie kann neben der bezirklichen Anbindung und der Vertretung im Jugendhilfeausschuss die Stimme der Jugendlichen auch bei anderen Themen zum Beispiel im Schul- oder Stadtentwicklungsausschuss hörbar gemacht werden? Partizipationsmodelle wie die Jugendräte leben davon, dass es sich um echte „Partizipation“ handelt, die Anliegen von Jugendlichen ernst genommen werden. Viele tolle Projekte wurden in den vergangenen Jahren durchgeführt wie zum Beispiel Rockkonzerte gegen Rechtsextremismus, eine Resolution zum Kinder- und Jugendförderplan, die Jugendräte waren am Kinderfest auf der Hardt beteiligt usw.

Damit die Jugendräte auch weiterhin arbeitsfähig bleiben, muss aus unserer Sicht nun gut geschaut werden, wohin die Reise geht, um nicht in einer Sackgasse zu landen.

Dazu sind konzeptionelle Veränderungen wie bereits oben angesprochen unabdingbar sowie eine ehrliche Diskussion aller Beteiligten, in dem Wünsche und Befürchtungen offen ausgesprochen werden. Dazu gehört dann auch, dass die Jugendlichen mit ihren Anliegen in den Bezirksvertretungen das Gefühl haben, ernst genommen zu werden und dazu gehören Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitiker, die Jugendräte als ehrliche Bereicherung sehen und der regelmäßige Tagesordnungspunkt der Bezirksvertretungen „Bericht des Jugendrates“ über seine Alibifunktion hinaus kommt. Jugendliche wollen eigene Ideen entwickeln und nicht belehrt und bei wichtigen Fragen übergangen werden.

Hier muss sich für die Zukunft eine neue Dialogkultur entwickeln. Im Schulterschluss mit den Jugendlichen und unter Beteiligung des Fachbereich Jugend und Freizeit, des Stadtjugendrings und VertreterInnen der Trägerkonferenz Offene Kinder- und Jugendarbeit ist in den nächsten Monaten noch genügend Zeit, das bisherige Modell weiter zu entwickeln, damit es auch über 2012 hinaus heißt: „Jugendrat – Wir mischen uns ein“.

GESPART AM FALSCHEN ENDE

IST PRÄVENTION ZU TEUER?

Immer mehr Menschen in Wuppertal leben in instabilen Verhältnissen. Diese Lebensumstände können sich durch psychische Erkrankungen, Suchtprobleme oder Arbeitslosigkeit entwickeln. Häufig sind aber auch schon Kinder betroffen, die in Familien aufwachsen, in denen die Eltern mit der Erziehung überfordert sind. Angebote, um diese Menschen zu unterstützen, bieten vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Zuschüsse bekommen sie dafür von der Stadt, doch diese sind in den letzten zehn Jahren nicht erhöht worden. Das führt dazu, dass hier eine Schere immer weiter auseinander klafft: während die Personalkosten in diesem Zeitraum gestiegen sind, wuchsen auch die Fallzahlen der hilfebedürftigen Personen.

Mehr Bedarf – weniger Geld

Doch die Angebote im präventiven Bereich können aufgrund der finanziellen Lage der Stadt nicht in dem benötigten Umfang aufrecht erhalten werden. Denn sie zählen zu den sogenannten freiwilligen Leistungen, die eine Stadt unter Nothaushaltsrecht nicht mehr erbringen darf. Im Rahmen der Haushaltssicherungskonzepte der Stadt bestand und besteht sogar auch immer noch die Gefahr, dass einzelne Angebote komplett eingestellt werden müssen. Denn sie beruhen oftmals auf einer Kofinanzierung, d.h. wenn die städtischen Zuschüsse wegfallen, fließen auch keine Mittel mehr aus Landes- oder EU-Fördertöpfen. Die Konsequenz daraus sind stark ansteigende Folgekosten, die wiederum meist in den Bereich der Pflichtaufgaben fallen und von der Stadt getragen werden müssen. Allein im Bereich Hilfen zur Erziehung sind die Kosten in den vergangenen vier Jahren um rund ein Drittel gestiegen (von 38 Mio. auf 50 Mio. Euro). Und die Prognose für die nächsten Jahre sagt weiter steigende Kosten voraus. Intelligentes Sparen sieht anders aus! Einen kleinen Hoffnungsschimmer bietet dazu der Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes NRW, der Wuppertal eventuell in die Lage versetzen könnte, wieder eigenständiger über die Verteilung der Haushaltsmittel zu entscheiden. Der bessere Weg wäre aber sicherlich, Prävention durch Bundes- und Landesgesetze zur Pflichtaufgabe zu erklären!

DAS SOZIALTICKET IST DA ...

... aber leider nicht in Wuppertal

Für die Fahrgäste der Schwebebahn deutlich sichtbar hat die GRÜNE Fraktion auf die Entscheidung zum Sozialticket in Wuppertal aufmerksam gemacht. Auf Plakaten in allen Schwebebahnstationen konnten die Bürgerinnen und Bürger nachlesen, dass das Sozialticket in Wuppertal von CDU und SPD gekippt wurde.

Was in anderen Städten – durch die Finanzierung des Landes während einer einjährigen Pilotphase – möglich ist, schafft Wuppertal nicht: ein Sozialticket für Menschen, die auf Unterstützung durch das Jobcenter angewiesen sind. Auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener hätten davon profitieren können. So bleibt nur die Hoffnung, dass das Sozialticket zum Preis von knapp unter 30 Euro in den anderen Städten des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR) zeigt, dass Mobilität für Alle machbar ist. Vielleicht gibt es nach Auswertung der Pilotphase eine neue Chance oder spätestens nach den nächsten Wahlen ...

Grafik: www.schwalgin.de
Foto: Jörg Lange

DURBAN – FÜR DIE RETTUNG DES KLIMAS NICHT GENUG

Gastkommentar von Dr. Hermann E. Ott, Mitglied des deutschen Bundestages, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Foto: Mathias Kehren

Auf der Südhalbkugel hat der Sommer begonnen und während der Klimakonferenz gab es hier immer wieder heftige Regenfälle. Dabei sind auch acht Menschen in den Townships ums Leben gekommen, als ihre Häuser den Wassermassen nicht mehr standhalten konnten. Tragischerweise war es die Monate zuvor viel zu trocken gewesen. Es ist wieder deutlich geworden, dass die Ärmsten immer am stärksten von solchen Unwetterereignissen betroffen sind. Der Klimawandel ist da und er hat unmittelbare Auswirkungen auf ihr und auch auf unser Leben.

Die zweite Woche einer Klimakonferenz beinhaltet immer das sog. „High-Level-Segment“, also der Teil einer UN-Konferenz wo die Minister (und manchmal die Regierungschefs) alle Streitpunkte ausräumen sollen. Für Deutschland ist Umweltminister Röttgen angereist. Unter schlechten Umständen - die Bundeskanzlerin hat ihm in ihrer wöchentlichen Videobotschaft ein faules Ei ins Nest gelegt, indem sie das Scheitern des Klimagipfels schon als Tatsache hingestellt hatte. Jetzt müsste er reagieren, müsste Initiative zeigen und allen Unkenrufen zum Trotz für ein gutes Ergebnis der Klimakonferenz kämpfen. Aber er tut es nicht, hackt stattdessen auf China rum weil dessen Bereitschaft die Treibhausgase zu reduzieren angeblich nicht klar genug sei. Am Ende hat er die Kurve noch gekriegt und hat zusammen mit den Partnern aus der EU und den Entwicklungsländern eine Allianz gesucht, um so Druck auf die Blockierer auszuüben. Das war hauptsächlich wieder einmal die USA, aber auch Indien und letztlich auch China haben in Durban auf die Bremse gedrückt.

Der Abschluss der bisher längsten Klimakonferenz in Durban war zweischneidig. Zwar geht es weiter im UN-Prozess und Verpflichtungen zu Klimazielen gelten demnächst für alle Länder, aber die Beschlüsse reichen nicht aus, um das 2-Grad-Ziel erreichen zu können. Die eigentlich erforderlichen Entscheidungen sind unzureichend oder wurden vertagt. Das kostet wieder Zeit – Zeit, die wir uns weder ökologisch noch ökonomisch leisten können. Es ist in Durban nicht deutlich genug geworden, dass ein globales Klimaregime die Kosten und Lasten des Klimawandels verringert und eine ressourcenschonende und nachhaltige Entwicklung für alle Länder bietet. Konsequenz aus Durban darf jetzt keine vollständige Abkehr von den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen sein. Die Konsequenz muss aber ein Strategiewechsel sein.
Wir brauchen eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten innerhalb und parallel zum UN-Prozess. Länder und Ländergruppen müssen vorangehen und ihr Handeln nicht länger von den Ländern abhängig machen, die derzeit keinen stärkeren Klimaschutz wollen. Wir können keinesfalls bis zum Jahr 2020 damit warten. Der UN-Prozess geht weiter, das ist gut. Aber wenn er nicht mit weitgehenden Maßnahmen flankiert wird, ist ein gefährlicher Klimawandel nicht zu stoppen.

Cartoon: Harm Bengen

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Ilona Schäfer, Udo Schramm, Gerta Siller, Marc Schulz, Paul Yves Ramette, Marcel Simon

Gastbeiträge und Kommentare:
Dr. Hermann E. Ott MdB, klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Verena Schäffer, MdL, frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW

Cartoon: Harm Bengen

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Auflage: 27.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhne 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzengold, Untergrünewaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

WALD IN WUPPERTAL –

ZWISCHEN STARKEN SCHÄDEN UND NEUEN PERSPEKTIVEN

Foto: Jörg Lange

Der Waldzustandsbericht ist eher ein Waldschadensbericht – so, wie er früher auch genannt wurde. Zu diesem traurigen Ergebnis kommt die jährlich durchgeführte Untersuchung ausgerechnet im „Internationalen Jahr der Wälder“. Nach den Untersuchungen des Landesumweltministeriums gelten nur noch weniger als ein Viertel aller Waldbäume als gesund.

Der Anteil der stark geschädigten Bäume hat von 23% auf 33% zugenommen. Dazu werden in einem bestimmten Raster die Kronen von Laubbäumen auf Verlichtung untersucht. Bei den Nadelbäumen ist die Gelbfärbung der Nadeln ein Anzeichen für mangelnde Vitalität eines Baumes. Erhebliche Verschlechterungen sind bei Buchen- und Fichtenbeständen zu verzeichnen, während sich die Eiche gegenüber den Vorjahren leicht erholt hat.
Was sind die Ursachen für die Verschlechterung? Hier ist festzustellen, dass nicht mehr der „saure Regen“ (SO_2) der Hauptgrund für Waldschäden ist, sondern vor allem klimatische Erscheinungen. Ein extrem trockenes Frühjahr wie in diesem Jahr beeinträchtigt z.B. den Austrieb der Blätter. Aber auch der vermehrte Ausstoß von Stickstoffdioxid (NO_2) oder Befall mit Schädlingen tragen erheblich zu den Schäden bei. Dabei ist der Wald selbst ein wesentlicher Faktor für den Klimaschutz, schützt Wasser und Boden und leistet einen wichtigen Beitrag für die Erholung der Menschen in der Stadt.
Wuppertal hat eine Waldfläche von 4850 Hektar, das sind 28,8% der Gesamtfläche der Stadt. Die letzte Waldschadenserhebung gab es hier vor 15 Jahren, danach wurde sie aus Kostengründen eingestellt. Auch die Pflege der Wuppertaler Wälder kann nicht mehr so intensiv betrieben werden, da nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Die Intervalle für Durchforstungen werden größer und für die Entfernung oder Auslichtung von schadhaften Bäumen wird mehr schweres Gerät eingesetzt. Welche Perspektive gibt es also für die Wuppertaler Wälder?
Zunächst einmal hängt viel von zukünftigen Trockenperioden und vom Schädlingsbefall ab. Wünschenswert wäre eine Entwicklung hin zu sogenannten „klimaplastischen Wäldern“. Darin sorgt eine hohe Artenvielfalt auf geringer Fläche dafür, dass einige Arten auch von extremen klimatischen Bedingungen immer profitieren. Der Umweltausschuss hat für seine nächste Sitzung im Januar einen schriftlichen Bericht mit Zahlen und Fakten für Wuppertals Wälder angefordert.
Dort soll auch dargestellt werden, welche Möglichkeiten es gibt, den Wald „klimafest“ und zukunftsfähig zu machen. Die GRÜNE Fraktion wird dazu eine umfangreiche Anfrage vorbereiten.

WAS HALTEN SIE DAVON?

Tempo 30 Zone Wuppertal

Die Gewerkschaft der Polizei empfiehlt den Städten, im Straßenverkehr flächendeckend eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einzuführen. Damit werde die Verkehrssicherheit erheblich gesteigert. Nur auf Durchgangsstraßen solle weiter Tempo 50 gelten. Damit würde es zu wesentlich weniger Unfällen mit Verletzten oder gar Toten kommen.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann sich dem nur anschließen, sieht zusätzlich noch weitere Vorteile wie Lärmminderung und Verbesserung der Luftqualität. Jetzt fragen wir Sie: Wollen sie Tempo 30 für (fast) ganz Wuppertal? Für welche Straße konkret wünschen Sie sich eine Geschwindigkeitsbegrenzung?

Mailen Sie uns unter: **fraktion@gruene-wuppertal.de**
Faxen Sie uns unter: **0202-59 64 88**
Schreiben Sie an: **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Johannes-Rau-Platz 1, 42269 Wuppertal

Foto: Mathias Kehren

ERHEBLICHE DEFIZITE BEI DER GLEICHBERECHTIGUNG

NICHT NUR IN WUPPERTAL

Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften sollen künftig geschlechtergerecht besetzt werden. Das fordert die GRÜNE Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf. Und damit sind die GRÜNEN nicht allein, denn eine ExpertInnenanhörung im Rechtsausschuss hat sie in dieser Forderung mit einer breiten Mehrheit unterstützt.
Deutschland habe „erhebliche Defizite in Sachen Gleichstellung in der Privatwirtschaft“, heißt es zur Begründung, die „fortdauernde Diskriminierung“ schade den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt, Bildungsinvestitionen würden vergeudet und kreative Potenziale gingen verloren.
Zur Lösung des Problems schlagen wir GRÜNEN daher vor, auf Kapitalseite eine Mindestquote für beide Geschlechter in Höhe von 40 Prozent einzuführen und auf ArbeitnehmerInnenseite bereits bestehende Regelungen zur geschlechtergerechten Besetzung auszuweiten und strenger zu fassen.
Aber nicht nur in der Privatwirtschaft gibt es erheblichen Handlungsbedarf. Auch in politischen Gremien sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. In den deutschen Kommunalparlamenten sind nur ca. 25% Frauen.

Wuppertaler Fakten

Im Wuppertaler Rathaus sieht das auch nicht anders aus: Im Rat der Stadt sitzen 48 Männer und nur 23 Frauen. Bei den Aufsichtsräten der städtischen Töchter sieht es ähnlich aus. Bei den Aufsichtsräten der WSW z.B. liegt der Frauenanteil auch bei lediglich 25%. Und auch beim Frauenanteil der Führungspositionen in der Stadtverwaltung sieht es nicht viel besser aus, hier macht der Frauenanteil ca. 27% aus und in der obersten Führungsriege ist keine Frau vertreten.
Es geht auch anders, das zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern. Einige europäische Länder wie z.B. Norwegen haben ganz hervorragende Erfahrungen mit der Einführung einer Frauenquote in der Wirtschaft gemacht. Denn nach anfänglichen Widerständen steht heute fest: Unternehmen mit einen hohen Frauenanteil arbeiten weit erfolgreicher. Dass eine Quote auch in Parlamenten eine gute Sache ist, können wir ebenfalls bei unseren Nachbarn sehen: seit 2000 hat – dank des Parité-Gesetzes – der Frauenanteil im französischen Parlament kontinuierlich zugenommen.
In der Wirtschaft wird die Frauenquote sicherlich kommen, denn nicht nur die Opposition und die ExpertInnen der Anhörung halten sie für unverzichtbar, sondern auch eine ganze Reihe der Unionspolitikerinnen wie Frau von der Leyen drängen die sich noch sträubende Kanzlerin. Auch das Parité-Gesetz wird bereits im deutschen Bundestag diskutiert.
Wir hier in Wuppertal sollen aber nicht warten bis sich in Berlin etwas tut. Auch hier kann und muss sich etwas ändern. Also liebe Wuppertalerinnen: lasst uns die Plätze einfordern, die uns zustehen. Und von den Männern erwarten wir Unterstützung, denn das was wir wollen ist nichts anders als Gleichberechtigung auf allen Ebenen und in allen Gremien.

Cartoon: Harm Bengen

BELGIEN STEIGT AUS

2015 IST DER ANFANG VOM ENDE DER ATOMKRAFT

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima wird es ernst mit dem Atomausstieg. In Deutschland soll bis 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet werden, nun steigt auch Belgien aus der Atomenergie aus – und zwar von 2015 an.

Die neu gebildete Regierungskoalition unter der Führung des wallonischen Sozialdemokraten Elio di Rupo will aber erst später festlegen, wann der erste Reaktor tatsächlich abgeschaltet wird und wie lange es dauert, bis der letzte stillgelegt ist. Belgien hat insgesamt sieben Reaktoren in den zwei Atomkraftwerken Doel und Tihange. Der Ausstieg soll von der Verfügbarkeit anderer Energiequellen abhängen. Was hat das mit Wuppertal zu tun? Das räumlich nächste Atomkraftwerk steht im belgischen Tihange. Das liegt ca. 170 km von Wuppertal entfernt. Bei meist vorhandenem Westwind wäre eine radioaktive Wolke aus Tihange innerhalb weniger Stunden in Wuppertal. In Belgien werden bisher 55 Prozent des Strombedarfs durch Atomkraft gedeckt. Die beiden Atomkraftwerke in Doel bei Antwerpen (4 Reaktoren) und Tihange bei Lüttich (3 Reaktoren) gehören GDF Suez, in Wuppertal als Partner der WSW bekannt. Die Verhandlungspartner – sechs Parteien von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen aus dem niederländisch und französisch sprechenden Landesteil – bestätigten ein bereits 2003 verabschiedetes Gesetz über den Atomausstieg. Es sah vor, die ersten Kernreaktoren von 2015 an stillzulegen. Bis 2025 sollte der Ausstieg abgeschlossen sein, doch galt die Umsetzung als fraglich.
Ebenso wie Deutschland will Belgien stärker auf Elektrizität aus Windenergie setzen, die in der Nordsee gewonnen werden soll. Innerhalb von sechs Monaten nach der Regierungsbildung soll ein Zeitplan festlegen, wann welche Reaktoren geschlossen werden. Die Koalitionspartner wollen bereits 2015 das erste Kraftwerk stilllegen.
Nach dem Abschalten der Reaktoren in Tihange wird die Gefahr einer nuklearen Katastrophe auch für Wuppertal verringert.

GASTKOMMENTAR: VORBILD BEIM EINKAUF –

AUCH IN FRAGEN DER GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT!

von Verena Schäffer MdL, frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW

Die öffentliche Hand, also Bund, Länder und Kommunen, gilt als wichtigste Auftraggeberin. Allein in Nordrhein-Westfalen vergeben Land, Kommunen und Landschaftsverbände jährlich rund 50 Mrd. Euro an öffentlichen Aufträgen, die ja durch Steuergelder finanziert werden. Aus GRÜNER Sicht kann es deshalb nur richtig sein zu steuern, wohin diese Gelder fließen und welche Arbeits- und Produktionsbedingungen gefördert werden. Gemeinsam mit der SPD haben wir das Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg gebracht, das bei der Vergabe öffentlicher Aufträge neben den sozialen Kriterien eines „vergabespezifischen Mindestlohns“ und der ILO-Kernnormen auch ökologische Mindestvorgaben und die Verpflichtung zur Frauenförderung vorsieht.
Bereits in der ersten rot-grünen Koalition haben die GRÜNEN – damals leider erfolglos – versucht, genderspezifische Vergabekriterien im Landesgleichstellungsgesetz zu verankern. Ein Jahrzehnt später ist das Bewusstsein über die Notwendigkeit gesetzlicher Vorgaben zur Förderung von Frauen in weiten Teilen der Bevölkerung und auch in der Wirtschaft angekommen, wie uns die Debatte über Frauen in Führungspositionen gezeigt hat. Auch das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 3 Absatz 2 dazu, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Mit Genderkriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen haben wir die Möglichkeit, Anreize zur Frauenförderung zu setzen und bestehende Nachteile zu kompensieren.
Eine der Branchen, die wahrscheinlich mit am deutlichsten von öffentlichen Aufträgen profitiert, ist die Baubranche, die immer noch als Männerbastion gilt. Je nach Studie variiert der Frauenanteil in der Baubranche schon seit Jahren zwischen 3 und 10 Prozent. Erst allmählich und bedingt durch den Fachkräftemangel werden weibliche Azubis und Berufsrückkehrerinnen gezielt angesprochen.
Diese Unternehmen würden durch das neue Tariftreue- und Vergabegesetz belohnt, für alle anderen Unternehmen würde es Anreize setzen, in den Bereichen Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu werden.
Greifen soll die Verpflichtung zur Frauenförderung bei Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und für Aufträge über Leistungen ab einem geschätzten Auftragswert von 50.000 Euro bzw. für Aufträge über Bauleistungen ab einem geschätzten Auftragswert von 150.000 Euro. Die konkreten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen nicht im Gesetz, sondern werden später durch eine Rechtsverordnung geregelt. In Berlin, wo es bereits seit vielen Jahren Vorgaben zur Frauenförderung gibt, sind das zum Beispiel die Umsetzung eines Frauenförderplans, die Vergabe von Ausbildungsplätzen an Bewerberinnen oder die Überprüfung der Entgeltgleichheit.
Die Vergabe öffentlicher Aufträge an Maßnahmen zur Frauenförderung zu koppeln ist auch im Sinne des Gender Budgetings, also der geschlechtergerechten Umverteilung öffentlicher Mittel. Es ist also nur gerecht, wenn auch Frauen von den durch Steuergelder finanzierten öffentlichen Aufträgen profitieren!

24 STUNDEN LIVE BEIM FÖRDERZENTRUM

FÜR KINDER UND FAMILIEN AM ARRENBERG

Foto: Mathias Kehren
Lorenz Bahr, GRÜNER Stadtverordneter, zeigt, dass Tauziehen nicht nur ein wichtiger Baustein in der Politik ist, sondern auch Spaß machen und Muskeln trainieren kann

ENERGIESPARTIPP DES MONATS:

EINKAUFEN MIT STOFFTASCHEN

Kaufen Sie nachhaltig ein, verwenden Sie Stofftaschen statt Plastiktüten.
Stofftüten haben viele Vorteile: sie sind robust, reißen also auch nicht ein, wenn sie mit schweren Einkäufen gefüllt sind, können lange benutzt werden und sind umweltfreundlich, da sie biologisch abbaubar sind.

Plastitktüten dagegen werden aus dem knappen Erdöl hergestellt, sind häufig nur wenige Stunden in Gebrauch und landen dann im Müll. Pro Kopf verbraucht jeder Mensch in der EU 500 Plastiktüten jährlich.
Und das, obwohl diese auf natürlichem Weg nicht abbaubar sind und so quasi ewig den Erdball verschmutzen. Der Müll sammelt sich in Wäldern,

Flüssen und Ozeanen. Zwischen Kalifornien und Hawaii hat sich zum Beispiel bereits ein stetig wachsender, drei Millionen Tonnen großer Müllstrudel gebildet, dessen Hauptbestandteil Plastik in verschiedenster Form ist.
Tragen Sie mit dazu bei, dass die Müllberge nicht weiter anwachsen, Stofftaschen sind ein kleiner Beitrag auf dem Weg dahin.

PS: Die GRÜNEN haben auf ihrem Bundesparteitag im November in Kiel beschlossen, dass auf jede Plastiktüte eine Umweltabgabe von 22 Cent erhoben werden soll. Die Einnahmen sollen unter anderem zur Erforschung von alternativem Verpackungsmaterial verwendet werden.

RATSCHRONIK OKTOBER 2011

Orchester-Fusion vom Tisch
Die Diskussion um eine mögliche Fusion des Sinfonieorchesters Wuppertal mit den Bergischen Symphoniker wird nicht weiter verfolgt. In einem gemeinsamen Antrag sprachen sich alle Fraktionen in der Ratssitzung am 10.10.11 dagegen aus. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stand einer Fusion bereits in der Vergangenheit skeptisch gegenüber. Sie hätte erst in Jahren zu einer finanziellen Entlastung der städtischen Haushalte geführt, zuerst hätte sie sogar Mehrkosten erzeugt.
Zunächst zog Oberbürgermeister Jung im Alleingang die Notbremse, ohne Kulturausschuss oder Rat einzubinden. Das wurde in einem eiligst gestrickten gemeinsamen Antrag nachgeholt. Das Wuppertaler Sinfonieorchester kann seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen, vorausgesetzt, es wird ein neuer nachhaltiger Finanzierungsplan erstellt.

Situation von Freien Trägern in Wuppertal
Kirchen, Vereine und Wohlfahrtsverbände in Wuppertal gehören zu den Freien Trägern, ohne die das soziale Leben in unserer Stadt nicht möglich wäre. Ob Kindergärten, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen oder Kulturstätten, die Freien Träger entlasten die Stadtverwaltung und übernehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben.
Dabei sind die städtischen Zuschüsse an die Freien Träger seit zehn Jahren nicht angehoben worden. Viele Einrichtungen arbeiten daher am finanziellen Limit. In einer Anfrage an den Rat der Stadt am 10.10.11 wollten wir die Auswirkungen auf die Sozialpolitik erfahren. Die Verwaltung antwortete, dass der Umfang aller Angebote in den letzten zehn Jahren um ein Zehntel reduziert werden musste und eine Vielzahl an Projekten nicht mehr angeboten werden konnte.

Doppel-Abiturjahrgang Ende des Schuljahres 2012/13
Bald ist es soweit, der erste Abiturjahrgang, der nach 12 Jahren das Gymnasium verlässt, drängt zusammen mit dem letzten Jahrgang nach Klasse 13 an die Unis und auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Wir fragen uns, welche Vorsorge getroffen wurde, um den Doppeljahrgang aufzufangen. Daher setzen wir auf das Regionale Bildungsbüro und beantragten, dass es die Koordination übernimmt und die verantwortlichen Kräfte in der Region an einen Tisch bringt, um die vielschichtigen Probleme lösen zu können. Unser Antrag wurde an die Bergische Bildungskonferenz überwiesen.

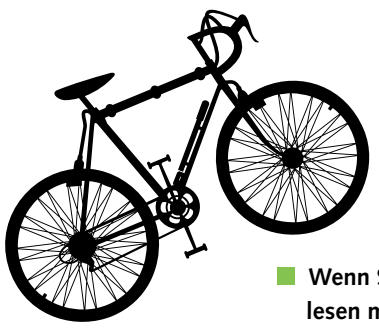
EU-Mittel für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nutzen
Es gibt Geld von der Europäischen Union und Wuppertal will es nicht haben. Diesen Eindruck hatten wir, als unser Antrag vertagt wurde. Wir wollten, dass die Verwaltung prüfen solle, welche Projekte aus dem European Energy Efficiency Fund (EEEF) in Wuppertal umgesetzt werden könnten. Dabei geht es vor allem darum, Energieeffizienz- und erneuerbare Energieprojekte zu finanzieren. Unverständlicherweise vertagten CDU und SPD diesen Antrag auf Dezember. Ob dann noch Geld im Fördertopf ist?

Windenergie in Wuppertal
Nicht erst seit die Kleine Höhe als Standort für einen Windpark im Gespräch ist, wollen wir in Wuppertal verstärkt auf Windkraft setzen. Seit Fukushima und dem Ausstieg aus der Atomkraft sind nun alle politischen Kräfte am Ausbau der Erneuerbaren Energie interessiert. Wir sind gespannt, welche Flächen wirklich für Windkraft geeignet sind. Auf unsere Anfrage an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen antwortete die Verwaltung sehr zurückhaltend. Wirkliche Erkenntnisse sind noch nicht vorhanden.

Anonymisierte Bewerbungen
Es ist erwiesen, dass MigrantInnen, Frauen und ältere ArbeitnehmerInnen bei Bewerbungsverfahren auf dem Arbeitsmarkt häufig nicht berücksichtigt werden. In den USA hat es sich gezeigt, dass anonyme Bewerbungen dafür sorgen, dass Diskriminierungen aus Gründen von Alter, Geschlecht oder des Wohnortes vermieden werden können und Arbeitsplätze nach der fachlichen Eignung vergeben werden. Die GRÜNEN beantragten, dieses Verfahren auch in Wuppertal einzuführen. Unser Antrag fand leider keine Mehrheit.

Drittes Kindergartenjahr jetzt kostenfrei
Die rot-grüne Landesregierung hat es beschlossen: Seit August ist das 3. Kindergartenjahr in NRW für Eltern kostenfrei, die Finanzierung in Höhe von 150 Mio. Euro übernimmt die Landesregierung. In der Ratssitzung am 10.10.11 wurde die Elternbeitragssatzung entsprechend geändert. Positiv ist auch, dass die Stadt Wuppertal darauf verzichtet, einen Geschwisterbeitrag zu erheben, so wie es andere klamme Kommunen tun. Geschwisterkinder bleiben weiterhin beitragsfrei. Für uns ist es wichtig, dass die Beitragsbefreiung bei allen Eltern zu spürbaren finanziellen Entlastungen führt.

Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Seit mehr als 25 Jahren wird in Wuppertal aktive Gleichstellungspolitik betrieben. 2009 hat der Rat der Stadt Wuppertal die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ unterzeichnet und die Verwaltung beauftragt, einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen. Er wurde den Mitgliedern des Rates vorgelegt. Viele Maßnahmen werden darin angekündigt, wenn auch unter Finanzierungsvorbehalt. Der Wille zur Gleichstellung ist längst kein Novum mehr, die Umsetzung der Charta ist trotzdem umso notwendiger. Allein die Zusammensetzung des Rates zeigt: Frauen sind noch immer deutlich unterrepräsentiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht da mit gutem Beispiel voran, besteht sie doch aus 6 Frauen und 5 Männern.



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die GRÜNE Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wupperal schicken oder eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

Name **Anschrift**

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, dass bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

FORTSCHRITTE AM DÖPPERSBERG!

Am Döppersberg sind bereits 20% der Erd- und Gesteinsmassen auf dem Gelände des neuen Busbahnhofs abgeräumt. Erfreuliche Neuigkeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger: Die Rolltreppe neben Gleis 1 zur Fußgängerbrücke Richtung Südstadt wird repariert. Kosten: 50.000 Euro.
Entlang der ehemaligen Bundesbahndirektion (Fußweg von der Stadthalle) wurde eine Notbeleuchtung installiert.
Das Projektteam Döppersberg plant zurzeit die Fahrradabstellboxen im Parkhaus und die Zufahrtsrouten für Radfahrerinnen und Radfahrer.

Hier der Link auf die Webcam : http://taltv.de/2001/livecam_5_baugrube/

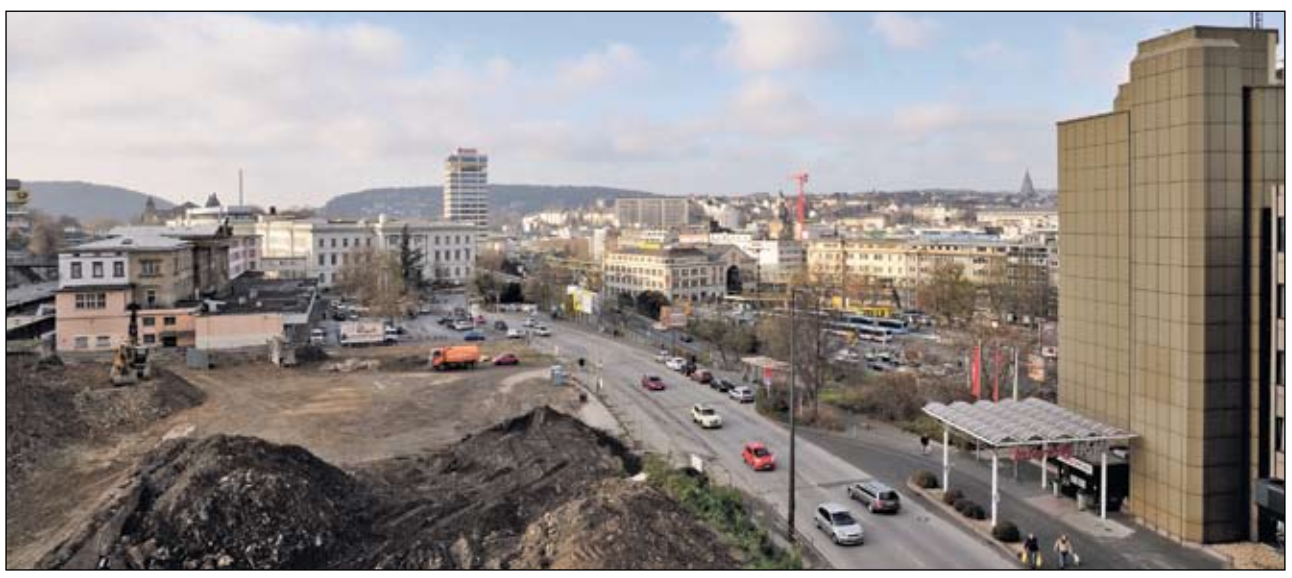


Foto: Mathias Kehren